

A2: Milliarden für Autobahnen: mit Vollgas in die Klimakatastrophe

Antrag der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 24. Juni 2023 in Neuchâtel

Die JUSO Schweiz unterstützt das absehbare Referendum gegen den Autobahnausbau und stellt sich konsequent gegen den Ausbau der Autobahnen und Nationalstrassen.

Begründung: *Ob es um die Anpassung der Schweiz an die Klimakrise geht oder um das Erreichen des Netto-0-Ziels bis 2030 – der Verkehrssektor ist zentral. Rund ein Viertel der Schweizer CO₂-Emissionen fallen im Verkehr, insbesondere beim motorisierten Individualverkehr (MIV) an. Um Emissionen allgemein senken zu können und insbesondere Netto Null 2030 erreichen zu können, benötigt es also starke Veränderungen im Mobilität- und Verkehrssektor. Ein Umstieg aufs Elektroauto reicht dabei nicht. Auch das coolste Elektroauto bleibt ein Auto und bringt damit in grossen Teilen die gleichen Probleme für Gesellschaft und Umwelt mit wie jedes andere Auto. Auch ein Elektroauto verbraucht wertvolle Rohstoffe und ist nicht einfach Emissionsneutral. Das Auto als kapitalistisches Statussymbol und Inbegriff einer individualistischen Gesellschaft wird Jahr zu Jahr grösser und beansprucht mehr Fläche der Allgemeinheit für private Zwecke. Dem Auto werden in der Schweiz fast 85'000 Kilometer Strassen zur Verfügung gestellt, das ist mehr als das Doppelte des Erdumfangs. Ganze zwei Prozent der gesamten Landesfläche sind durch Strassen verbaut und weiter kommen pro Jahr mehrere hundert Kilometer Strasse dazu.*

Damit unsere Siedlungsräume weiterhin lebenswert sind, muss ein grosser Teil der Fläche entsiegelt und begrünt werden. Die Strassen sollen wieder den Menschen statt dem Auto dienen und an den Fuss- und Veloverkehr rückverteilt werden. Das Auto als Transportmittel muss weniger attraktiv werden und die Menschen dazu bewegt werden, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Einerseits muss dazu das Auto, egal ob mit Elektro- oder Verbrennermotor, ausgebremst werden, andererseits aber auch der Fuss-, Velo- und öffentliche Verkehr attraktiver werden. Ein Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs und eine radikale Verlagerungspolitik im Güterverkehr auf die Schiene ist unabdingbar. Das Schweizer Schienennetz hat allerdings heute bereits an vielen Stellen seine Kapazitätsgrenzen erreicht und wird dies an vielen andern Orten in naher Zukunft. Der Ausbau der Schieneninfrastruktur müsste also im Verkehrssektor oberste Priorität haben.

Die Realität sieht aber anders aus: Neo-Bundesrat Ölbert Röstli möchte Gelder für die Eisenbahn und den öffentlichen Verkehr streichen und lieber bis zu 35 Milliarden in den Autobahnausbau investieren. In einem ersten Schritt möchte er vier Milliarden investieren und danach in weiteren Etappen dutzende zusätzliche Milliarden ausschütten. Klar ist: Damit wird das Autobahnnetz und folglich auch das Auto attraktiver gemacht, was angesichts der Klimakrise ein No-Go ist. Als ehemaliger Präsident der beiden fossilen Lobbyverbänden «Auto Schweiz» und «Swissoil» überrascht Röstli damit niemanden. Dass er als Vorsteher des Eidgenössischen Departments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation aber nicht mal über die Klimakrise reden möchte, ist dennoch ein Frontalangriff auf unsere Zukunft.

Anfang Juni hat die verantwortliche Nationalrats-Kommission dem Plan zum Autobahnausbau zugestimmt und sogar um eine Milliarde erhöht. Damit soll ein zusätzliches Projekt in der Romandie finanziert und die infrastrukturell oft vernachlässigte Westschweiz für den Ausbau gewonnen werden. Die Schlussabstimmung und Annahme des Projektes im Parlament wird noch in diesem Jahr erwartet. Die Verkehrs-Verbände VCS und umverkehR haben bereits angekündigt, dass sie das Referendum ergreifen werden.

Für klimafreundliche kollektive Mobilität statt individualistische Klima- und Flächensünden!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme.